

Der Bürgermeister erklärte dass es bereits in der Sitzung des Rates am 11.09.2019 zu einer ausführlichen und lebhaften Diskussion zur Ausrufung des Klimanotstandes in Sankt Augustin gekommen sei.

Herr Behlau bat darum, die Entscheidung des Stadtrates vom 11.09.2019 gegen eine Ausrufung eines Klimanotstandes zu überdenken. Es sei bereits seit Jahrzehnten zu beobachten, dass sich das Klima der Welt in eine falsche Richtung entwickle und nun zeitnah Pläne entwickelt werden müssten, um für einen deutlichen umweltschonenderen Wirtschaften sorgen zu können. Auch die Stadt Sankt Augustin müsse hier nun endlich Schritte unternehmen, auch unter Heranziehung der Expertise der Bürgerinnen und Bürger. Es sollten klare Reduktionsziele für die Stadt formuliert werden.

Herr Weber schloss sich Herrn Behlau an bemerkte das Planungen für Klimapolitik in Deutschland und auch in der Stadt Sankt Augustin deutlich ernster und wichtiger genommen werden sollten. Geld und Personalargumente spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Die handelnden Personen in Kommunalpolitik und Stadtverwaltung Sankt Augustin hätten eine große Verantwortung gegenüber ihren Kindern und Enkelkindern. Daher solle die Entscheidung des Stadtrates vom 11.09.2019 überdacht werden.

Herr Schell insistierte darauf, dass die CDU-Fraktion an ihrem Votum vom 11.09.2019 festhalten wolle, zum einen da die Stadt die falsche Ebene sei, um die Prioritäten in Klimapolitik anders zu setzen, und zum anderen, da die Stadt Sankt Augustin bereits jetzt ganz praktisch schon viele Dinge umsetze, um etwas Positives für das Klima tun zu können.

Herr Metz beklagte, dass von einem ganzen Katalog an Möglichkeiten, die man hätte wählen könne, keine einzige ausgewählt wurde und lediglich, durch die CDU- und die FDP-Fraktion darauf verwiesen würden, dass die Stadt bereits viel machen würde. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei in der Ratssitzung am 11.09.2019 auch bereit gewesen, bei der Beschlussfassung auf den Begriff „Notstand“ zu verzichten, da dieser Begriff umstritten sei. Alle staatlichen Ebenen und Akteure müssten sich dieser Thematik annehmen, auch die Kommunen. So könnten auch keine Teilfortschritte erzielt werden.

Herr Knülle erklärte, dass in der städtischen Klimapolitik etwas überdacht werden solle. Daher würd die SPD-Fraktion eine solche Resolution unterstützen. Es bedarf einem klaren Impuls auch auf lokaler, kommunaler Ebene.

Herr Köhler machte deutlich, dass alle staatlichen Ebenen, also auch die kommunale Ebene, bei dieser Thematik in die Pflicht geworden werden sollten. In dieser Thematik ginge es zum einen um Ökologie, zum anderen um soziale Aspekte. Es müsse der Schritt gegangen werden und gegenübergestellt werden, was von der Stadt bisher unternommen werde und wo noch Potenzial zur Verbesserung liege. Es sei ein falsches Signal, das Problem wegzuschieben und auf andere höhere Ebenen wie bspw. die Bundesregierung zu verweisen und selber nichts unternehmen zu wollen. Es solle mit allen Fraktionen eine Initiative gestartet werden und mithilfe der Verwaltung Verbesserungspotenziale erarbeitet und umgesetzt werden.

Herr Schell bemerkte, dass man für Einzelaspekte, die man verbessern will, auch entsprechende Anträge in den bevorstehenden Haushaltsberatungen stellen könne. Die Stadt befinde sich in seiner Klimapolitik bisher auf einem guten Wege, bspw. mit dem Büro für Natur- und Umweltschutz.

Herr Weber fragte, ob dem Bürger überhaupt bekannt sei, was bisher durch die Stadt alles für das Klima unternommen würde. Zudem fehlten bisher die Konzepte, wie man innerhalb der nächsten Jahre klimaneutral werden wolle. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens binde die gesamte Gesellschaft mit, es müssten aber auch auf kommunaler Ebene Schritte unternommen werden. Dafür müsse eruiert werden, wo bisher noch Defizite bestehen und wie diese ausgeglichen werden könnten. Die Stadtwerke würden Öko-Gas und einen Ökostromtarif anbieten. Dies könnte stärker beworben werden.

Der Bürgermeister griff das Beispiel von Herrn Weber mit den Stadtwerken auf und erklärte, dass die Stadt mit ihren noch sehr neuen Stadtwerken gewillt sei, den Bürger dabei aufzuklären.

Herr Metz bekräftigte, dass sich nicht das Bild verfestigen solle, dass mit den Maßnahmen, die die Stadt bisher unternahme, alles in Ordnung sei bzw. dass diese Maßnahmen bisher schon ausreichend seien.

Herr Behlau resümierte, dass auch in anderen Kommunen, in denen eine Resolution zum Klimanotstand beantragt wurde, kommuniziert worden sei, dass bereits viel für das Klima gemacht würde und dies ausreichend sei, und appellierte daher daran, dass die Bereitschaft und die Motivation entwickelt werden solle, darüber hinaus sich für ein besseres Klima einzusetzen und zu versuchen, über das was möglich erscheint noch hinauszugehen.